

Antrag

der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU - Gesetz zur Änderung des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg - Drucksache 17/521

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

1. dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Gesetzentwurf zur Änderung des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU - Drucksache 17/521 um eine Strategie ergänzt, die die Potenziale der sogenannten CCUS-Technologien (Carbon Capture, Usage and Storage) in Baden-Württemberg technologieoffen erkundet und hebt;
2. dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Gesetzentwurf zur Änderung des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU - Drucksache 17/521 um eine Strategie ergänzt, die einen offenen, fairen, neutralen, wissenschaftsbasierten sowie transparenten gesellschaftspolitischen Dialogprozess zwischen den relevanten Stakeholdern bestehend aus NGOs und sonstigen Vertreterinnen und Vertretern der Öffentlichkeit, Verbänden, Unternehmen und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Baden-Württemberg in Gang setzt und CCUS-Technologien im Gesamtkontext der CO₂-Reduktionstechnologien für die Industrie beleuchtet;
3. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit CO₂ im tiefen Untergrund auf dem Bundesgebiet gespeichert werden kann.

15.09.2021

Dr. Rülke, Bonath, Karrais, Hoher und Fraktion

Begründung

Zu 1:

Mit CCUS-Technologien (Carbon Capture, Usage and Storage) lassen sich CO₂-Emissionen abscheiden und speichern bzw. stofflich nutzen und somit deutlich reduzieren. Nach Auffassung der FDP/DVP-Fraktion sind CCUS-Technologien zwar kein Ersatz für Maßnahmen zur Emissionsreduktion, aber ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Erreichung der Pariser Klimaziele, indem sie den Ausgleich der restlichen, nicht vermeidbaren Emissionen ermöglichen. Der Sonderbericht des Weltklimarates (IPCC) bescheinigt, dass ohne Technologien zur Entnahme und Speicherung von Kohlendioxid eine Erreichung dieses Ziels nur sehr schwer und zu sehr hohen Kosten realisierbar ist. Auch die Europäische Kommission sieht CCU sowie CCS als wichtige Technologien an, insbesondere im Industriesektor und für negative Emissionen (dann in Kombination mit Bioenergie oder Direct Air Capture). Sie geht davon aus, dass CCS bis zum Jahr 2050 eine relevante Rolle zur Minderung und zur Kompensation von Restemissionen (insbesondere in Kombination mit Bioenergie) spielen wird. Die Bundesregierung hat mit dem Klimaschutzprogramm 2030 das Förderprogramm „CO₂-Vermeidung und -Nutzung in Grundstoffindustrien“ angekündigt, mit dem die Entwicklung von Technologien zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung für anderweitig nicht vermeidbare

prozessbedingte Emissionen unterstützt werden soll. Dem Förderprogramm stehen bis 2025 circa 585 Millionen Euro zur Verfügung, schreibt die Bundesregierung in der Antwort (19/3077724) auf eine Kleine Anfrage (19/30054) der FDP-Fraktion im Bundestag. Nach Ansicht der FDP/DVP-Fraktion muss auch Baden-Württemberg verstärkt in die Weiterentwicklung von CCUS-Technologien investieren und die Potenziale im Land technologieoffen erkunden und heben.

Zu 2:

Gerade die unterirdische Speicherung von CO₂ wird in Deutschland noch kritisch betrachtet. Daher ist aus Sicht der FDP/DVP-Fraktion eine umfassende Aufklärung der Bevölkerung unerlässlich. Auf Bundesebene wird bereits ein gesellschaftspolitischer Dialogprozess vorbereitet, schreibt die Bundesregierung in der Antwort (19/3077724) auf eine Kleine Anfrage (19/30054) der FDP-Fraktion im Bundestag. Ein solcher Dialogprozess muss nach Auffassung der FDP/DVP-Fraktion auch in Baden-Württemberg stattfinden.

Zu 3:

Damit CO₂ im tiefen Untergrund auf dem Bundesgebiet gespeichert werden könnte, müssten laut Bundesregierung die Bestimmungen des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes (KSpG) geändert werden (siehe auch Antwort der Bundesregierung in der Antwort (19/3077724) auf eine Kleine Anfrage (19/30054) der FDP-Fraktion im Bundestag). Das Land Baden-Württemberg soll sich nach Auffassung der FDP/DVP-Fraktion hierfür auf Bundesebene einsetzen.